

225.3.A.

23. November 1965

Sitzung der Ständigen vom 17. November 1965InvestitionsrisikogarantieStopper: (s. Beilage)

Micheli: Das Problem der Beziehungen zu den Entwicklungsländern dominiert heute die weltpolitische Situation. Die Schweiz kann hier nicht absäts stehen. Man erwartet von ihr einen Beitrag. Trotz den Unvollkommenheiten und den Risiken, die das Projekt mit sich bringt, kommen wir zum Schlusse, es sollte dem Parlament beantragt werden. Wir stehen vor der Notwendigkeit, unsere Position in der Welt zu stärken.

Homberger: Ich teile die Betrachtungsweise der Vorredner voll und ganz. Bei der seinerzeitigen Initiative wurden in der Handelskammer die genau die gleichen Ueberlegungen gemacht. Die Schweiz als reiches Land kann sich der gestellten Aufgabe nicht entziehen, aber es liegen glücklicherweise auch ganz wohlverstandene Interessen der schweizerischen Wirtschaft vor, die sich mit diesem Projekt verfolgen lassen. Die bisherigen Investitionen sind mit der Erfahrung verbunden, dass die Risiken und die Labilität in den Entwicklungsländern immer grösser werden, seit dem Ende der Kolonialherrschaft. Andererseits sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer gestiegen. Der schweizerische Unternehmer kommt nicht mehr mit der bloss moralischen Unterstützung aus, er braucht auf diesem Gebiet materielle Hilfe. Die Wirtschaft betrachtet diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen, aber es liegt eine Parallelität der Interessen der Wirtschaft und dem Staate als Ganzes vor, was eine Mittragung der Risiken durch Staat erlaubt. Der Staat hat seinerzeit die Solidarität zur Maxime erhoben, worüber man getilter Meinung sein kann, was aber wahrscheinlich unausweichlich war. Wenn nun



schon die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe besteht, so ist die IRG einer rationeller Weg hiezu und für den Staat vorteilhafter als wenn er alles selber leisten muss. Die Wirtschaft muss einen Selbstbehalt tragen. 30% ist das Minimum. Die Selektion der Wirtschaft wirkt dann schon risikosenkend. Auch die Auswahl unter den Ländern, die in den Genuss der Unterstützung gelangen, wird auf diese Weise stattfinden. Der Staat hat dann dies nicht zu besorgen, was für ihn angenehm sein wird.

Die Handhabung wird ungeheuer anspruchsvoll sein, und weit schwieriger als bei der ERG. Andererseits hilft die Auswahl der Wirtschaft mit, weil die "Fausten" unter den Ländern von vorne herein ausgeschaltet werden.

Redli: Die Einladung enthielt leider keinen Hinweis darauf, dass Grundsatzfragen diskutiert werden sollen. Es handelt sich beim folgenden daher eher um eine persönliche Stellungnahme. Ich bin keineswegs grundsätzlich gegen die IRG eingestellt, ist aber der Zeitpunkt für ~~jetzt~~ zum Parlament zu gehen gut gewählt? Der Bund hat mit der IRG neue bedeutende Risiken zu übernehmen. Das Budget wird nicht ~~das~~ weiteres entlastet. Wenn's schief geht, wird der Bund im Gegenteil stark belastet werden, wobei ich anerkenne, dass die direkte Belastung zurückgehen wird.

An der kürzlichen Diskussion der Finanzkommission wurde der Vorwurf zurückgewiesen, das Parlament beschliesse immer neue Ausgaben; der Bundesrat komme im Gegenteil immer mit "neuen" Vorlagen. In der Finanzkommission erfolgte eine ganze Reihe von Vorstössen. U.A. wurde das Deckungsprinzip ventiliert. Der Bundesrat soll insbesondere keine neuen Aufgaben an die Hand nehmen, ohne die finanziellen Auswirkungen gleichzeitig an den Tag zu legen. Zu dieser Frage, ob der Zeitpunkt gut gewählt sei,

sollte jedenfalls im Antrag an den Bundesrat Stellung genommen werden. Wir möchten zuwarten, bis der langfristige Finanzplan überdacht und der Öffentlichkeit unterbreitet ist, so dass man bis nächsten Sommer warten sollte. Ich möchte wünschen, dass dies in der Protokollnotiz der heutigen Sitzung vermerkt wird.

Stopper: Selbst wenn das Budget unerfreulich ist, muss die Entwicklungshilfe erhöht werden. Die grösseren Budgetsorgen nimmt uns im Ausland niemand ab. Der Bundesrat wird nicht darum herumkommen, seine Leistungen zu erhöhen: wenn aber Minimalbeträge erreicht werden müssen, so sollte man dies auf billigere Weise zu erreichen suchen.

Redli: Auch die Garantieübernahme hat natürlich Auswirkungen. Die Finanzkommission hat verlangt, dass mit dem Ausgabenbudget auch ein Verpflichtungsbudget unterbreitet wird.

Stopper: Das Projekt führt zu kleineren Ausgaben, als ein Bundesdarlehen. Es käme m.E. billiger.

Ueber das Timing kann man reden. Vorerst wäre aber auch noch die Frage zu stellen, ob die Atmosphäre im Sommer mit den grossen projizierten Defiziten günstiger ist als jetzt. Bevor es zu einer Vorlage an das Parlament kommt, dürfte wegen dem Zeitplan ohnehin Sommer oder Herbst sein.

Homberger: Bisher handelt es sich um ad hoc Umfragen. Die allgemeine Vernehmlassung muss noch folgen. Das erweiterte Vernehmlassungsverfahren sollte man nicht einleiten, bevor ein grundsätzlicher Eintretensbeschluss des Bundesrates vorliegt. Herr Bundesrat Wahlen sollte daran noch teilnehmen können. Er hat eine besondere Legitimation dazu, weil er die seinerzeitige Interpellation entgegen nahm. Der Bundesrat sollte dies in seiner heutigen Zusammensetzung grundsätzlich beschliessen. Rechnet man drei Monate für das Vernehmlassungsverfahren und dieselbe Zeit

für die Ausarbeitung der Botschaft, so wird Herbst bis diese vorliegt, so dass der erste Rat nicht vor der Winter-Session 1966^m wenn nicht gar später, auf das Geschäft wird eintreten können.

Redli: Sind wirklich weniger Direktaktionen erforderlich? Diese gehen in anderer Richtung als die privaten Investitionen.

Stopper: Bisher wurde immer nur von der 1% Richtlinie gesprochen. Die ERG-Leistungen sind je länger je weniger anrechenbar. Hingegen wurden uns die privaten Investitionen bisher immer abgenommen. Die Privatinvestitionen werden uns nicht entbinden vor direkten Aktionen, diese sind nötig um auf eine präsentierbare Schwelle zu kommen. Die 200 Mio für private Investitionen wurden immer abgenommen. Mit der IRG lassen sie sich noch etwas steigern. Wenn wir darauf verzichten, sind höhere staatliche Aktionen nötig.

Redli würde es vorziehen, wenn über die Absichten und die Pläne hinsichtlich der Mitwirkung an internationalen Organisationen und über sonstige Entwicklungshilfeaktionen ein Ueberblick unterbreitet würde.

Stopper weist auf sein Exposé hin, das seinerzeit verteilt wurde, das ^{erhalt} Beträge enthält, bezüglich der "soft loans", des IRG-Fonds, der regionalen Entwicklungsbanken im Rahmen der sonstigen eingestellten Bedürfnisse für die Entwicklungshilfe.

Uebereinstimmend ist die Ständige Wirtschaftsdelegation der Meinung, wir sollten weitermachen mit dem Projekt. Es sollte ein Bericht über die bisherigen Arbeiten an den Bundesrat geleitet werden mit dem Antrag, sich positiv zu verhalten und den Weg für die Vernehmlassung freizugeben. Wir nehmen Vormerk davon, dass die Bemerkungen von Direktor Redli eher persönlicher Natur waren und dass er diese noch ergänzen kann. Herr Redli kann sich zum Antrag an den Bundesrat immer noch offiziell äussern. Inbezug auf den Zeitplan wird die Botschaft nicht vor nächsten Sommer erscheinen können.

- 5 -

Redli: Auch bei Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens (im Frühjahr) habe ich die gleichen politischen Bedenken. Gegenüber der Lancierung der Botschaft besteht nur ein graduel-
ler Unterschied.

Stopper: Das Projekt muss als billiger Weg präsentiert werden, der geringere staatliche Beiträge als ein anderes Verfahren erlaubt. Der Zeitplan kann noch überlegt werden, auf einige Monate kommt es nicht an.